



Haupt- und Medienausschuss

12. Sitzung (öffentlich)

30. März 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

9:00 Uhr bis 9:20 Uhr

Vorsitz: Wolfram Kuschke (SPD)

Protokoll: Dr. Hildegard Müller

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2011 (Haushaltsgesetz 2011)

3

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/1000 und Drucksache 15/1300 (Ergänzung)

Vorlage 15/390, Vorlage 15/405 (Erläuterungsbände)
Vorlage 15/415, Vorlage 15/441 (Einführungsberichte)
Vorlage 15/465

Änderungsanträge, abschließende Beratung und Abstimmung

Einzelplan 01

3

Der Änderungsantrag aller fünf Fraktionen zum Einzelplan 01 – Sachhaushalt – (siehe Anlage, S. 1, bzw. Vorlage 15/502) wird einstimmig angenommen.

Bei der Gesamtabstimmung wird der Einzelplan 01 mit den Stimmen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP bei Nichtteilnahme der Fraktion Die Linke in der geänderten Fassung angenommen.

Einzelplan 02

4

Der CDU/FDP-Änderungsantrag (siehe Anlage, S. 2, bzw. Vorlage 15/503) wird mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Nichtteilnahme der Fraktion Die Linke abgelehnt.

Der mündlich vorgetragene Änderungsantrag der Linken – ebenfalls zu Kapitel 02 010 Titel 541 30 011 – wird dem Ausschuss zur Kenntnis gegeben. Die Abstimmung soll im Haushalts- und Finanzausschuss erfolgen.

Bei der Gesamtabstimmung wird dem Einzelplan 02 mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Nichtteilnahme der Fraktion Die Linke unverändert zugestimmt.

Einzelplan 07

7

Der Antrag der Fraktion Die Linke (siehe Anlage, S. 3) wird dem Fachausschuss zur Kenntnis gegeben. Die Abstimmung soll im Haushalts- und Finanzausschuss durchgeführt werden.

Bei der Gesamtabstimmung wird der Einzelplan 07 – Zuständigkeitsbereich des Ausschusses – mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Nichtteilnahme der Fraktion Die Linke unverändert angenommen.

Aus der Diskussion

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2011 (Haushaltsgesetz 2011)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/1000 und Drucksache 15/1300 (Ergänzung)

Vorlage 15/390, Vorlage 15/405 (Erläuterungsbände)
Vorlage 15/415, Vorlage 15/441 (Einführungsberichte)
Vorlage 15/465

Änderungsanträge, abschließende Beratung und Abstimmung

Vorsitzender Wolfram Kuschke heißt die Anwesenden herzlich willkommen.

Heute werde man sich mit dem Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2011 beschäftigen.

Zunächst zu den Änderungsanträgen: Drei Änderungsanträge seien schriftlich zugegangen (siehe Anlage), die er nun einzeln aufrufen werde:

Einzelplan 01

Antrag (CDU, SPD, GRÜNE, FDP, LINKE) (siehe Anlage, S. 1 bzw. Vorlage 15/502)

Kapitel 01 010 – Landtag
Titel 713 10 – Sanierung des Plenarsaales
Streichung des Ansatzes von 1,9 Millionen €
Ausweisung einer neuen Verpflichtungsermächtigung von 3,8 Millionen €

Der Änderungsantrag aller fünf Fraktionen zum Einzelplan 01 – Sachhaushalt – (siehe Anlage, S. 1, bzw. Vorlage 15/502) wird einstimmig angenommen.

Ralf Michalowsky (LINKE) bittet, die Gesamtabstimmung über den Einzelplan 01 im Haushalts- und Finanzausschuss durchzuführen. Das sei im Kulturausschuss und im Sportausschuss ebenso gehandhabt worden.

Vorsitzender Wolfram Kuschke sieht dazu keine Veranlassung.

Britta Altenkamp (SPD) weist darauf hin, dass der Antrag sowieso in den HFA komme. Es sei guter Brauch, über Anträge, die den Haupt- und Medienausschuss

selber betreffen, zu diskutieren. Das habe man getan, und nun wolle man auch miteinander abstimmen. Ein einstimmiges Votum aus dem federführenden Haupt- und Medienausschuss könnte der Sache nur dienlich sein.

Bei der Gesamtabstimmung wird der Einzelplan 01 mit den Stimmen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP bei Nichtteilnahme der Fraktion Die Linke in der geänderten Fassung angenommen.

Einzelplan 02

Antrag (CDU/FDP) (siehe Anlage, S. 2 bzw. Vorlage 15/503)

Kapitel 02 010 – Ministerpräsidentin

Titel 541 30 011 – Kongresse und Veranstaltungen

Reduzierung des Baransatzes um 500.000 € auf 100.000 €

Ralf Michalowsky (LINKE) macht deutlich, diesem Antrag könne sich die Fraktion die Linke Antrag nicht anschließen. Einer Kürzung um 250.000 € würde sie zustimmen. Das entspreche genau der Summe, die man brauche, um den Praktikanten im Landtag ein Gehalt zu zahlen, was im Moment nicht erfolge. Die Kürzung setze sich aus 200.000 € für die „Initiative TatKraft“ von Frau Kraft und 50.000 € für eine Willy-Brandt-Gedenkveranstaltung zusammen. Die Huldigungsveranstaltung sollte nicht aus öffentlichen Mitteln gezahlt werden. Das könne die SPD übernehmen, wenn es ihr wichtig sei.

Die Fraktion Die Linke bittet, die Entscheidung darüber erst im Haushalts- und Finanzausschuss zu fassen.

Armin Laschet (CDU) erinnert daran, 2010 habe diese Titelgruppe 100.000 € umfasst. Die CDU wolle bei diesem Betrag bleiben. Um etwa die Praktikantenbezahlung zu regeln, könne man innerhalb der Haushaltssystematik eine neue Haushaltsstelle einrichten; dagegen habe die CDU nichts. Das gelte auch für eine Willy-Brandt-Gedenkveranstaltung und anderes. Die CDU spreche sich lediglich gegen eine Erhöhung dieses Titels zum jetzigen Zeitpunkt aus.

Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD) erläutert, die Darstellung von Armin Laschet sei nicht ganz richtig. Es handle sich um eine Verlagerung aus dem Titel 541 60 011.

Unabhängig davon, ob es sich um einen Ministerpräsidenten oder eine Ministerpräsidentin handle, sei es für ihn bzw. sie notwendig, über einen Etat für Repräsentationszwecke zu verfügen, dessen Volumen insgesamt gekürzt worden sei. Man halte diesen Antrag für einen rein symbolischen Kampf. – Interessant sei, dass 500.000 € gerade die Summe sei, die Dr. Jürgen Rüttgers demnächst für seine Lobbyarbeit bekomme.

Britta Altenkamp (SPD) richtet die Bitte an Christian Weisbrich, in seiner Fraktion bis zur nächsten Haushalts- und Finanzausschusssitzung zu klären, in welcher Systematik die Anträge gestellt worden seien. Wenn sie Armin Laschet richtig verstanden habe, habe er gerade Die Linke aufgefordert, ihren Antrag, den Titel um 250.000 € zu kürzen, nicht nur weiterzuführen, sondern auch einen Deckungsvorschlag im Einzelplan 01 zu machen. Denn nur dort könnten die Praktikanten und Praktikantinnen, die im Landtag beschäftigt würden, finanziert werden.

Ralf Michalowsky (LINKE) bekräftigt, Die Linke wolle den Titel nicht um 500.000 €, sondern um 250.000 € kürzen, sodass man 350.000 € für einen allgemeinen Repräsentationsfonds der Ministerpräsidentin zur Verfügung stellen würde. Die Kürzung um 250.000 € setze sich aus den angeführten 200.000 € und 50.000 € zusammen.

Ralf Witzel (FDP) geht auf die Glaubwürdigkeit ein. In den letzten Jahren hätten SPD und Grüne in umgekehrter Rollenverteilung die Repräsentationsmittel der alten schwarz-gelben Landesregierung kritisiert. Verschiedentlich habe Rot-Grün deutlich gemacht – das sei in Protokollen nachlesbar –, eine bislang im alten Haushaltsplan vorhandene Haushaltsstelle von 500.000 € sei überflüssig. Dann sei es nun eine Frage der Glaubwürdigkeit, dass SPD und Grüne diesen Titel, den sie für unsinnig und nicht vertretbar gehalten hätten, auflösten, wenn sie in der Verantwortung stünden. Die Zwecke, die bislang aus Titel 541 30 011 finanziert worden seien, sollten selbstverständlich auch zukünftig daraus finanziert werden. Die FDP halte es für sachadäquat, in 2011 die Summe aus 2010 zu übernehmen – 1:1 –, statt den Titel zu vermehrfachen.

Reiner Priggen (GRÜNE) unterstützt die Aussage von Prof. Dr. Rainer Bovermann, die Darstellung der CDU sei nicht korrekt. In Titel 541 60 – Symposien – seien 500.000 € weggefallen. Der Gesamtansatz sei um 175.000 € gekürzt worden.

Armin Laschet (CDU) erkennt an, Reiner Priggen habe ein wenig zur Klarstellung beigetragen.

Natürlich stünden einem Ministerpräsidenten oder einer Ministerpräsidentin Repräsentationsmittel zu. Sie hätten bei Jürgen Rüttgers 100.000 € betragen und sollten auch bei Hannelore Kraft nicht höher sein.

Symposien hätten vom Anspruch und von der Definition her einen bestimmten Qualitätsanspruch bezüglich der Wissenschaftlichkeit. Wenn das nicht mehr erwünscht sei, könne man die Summe gerne streichen – er, Laschet, halte Symposien allerdings für sinnvoll –, dürfe sie aber nicht anschließend zum Repräsentieren einer Ministerpräsidentin und zum Umswitchen von Parteiaktivitäten zu Staatsaktivitäten nutzen. Deshalb seien 100.000 € der richtige Ansatz – auch wegen Haushaltsklarheit und -klarheit. Ein Symposium für Willy Brandt müsse man unter Symposien subsumieren und nicht unter Repräsentationsaufgaben der Ministerpräsidentin. Die 100.000 €, die für Jürgen Rüttgers angemessen gewesen seien, seien auch für Hannelore Kraft angemessen.

Ralf Witzel (FDP) bezieht sich auf die Wortmeldung von Reiner Priggen. Im alten Haushalt habe es einen umfangreich dimensionierten Titel „Petersberger Convention“ gegeben. Darüber sei viel gesprochen worden. Reiner Priggen habe immer deutlich gemacht, diese unsinnige Ausgabe sollte entfallen – nachlesbar in vielen Protokollen des letzten Jahres. Wenn jetzt die politische Entscheidung getroffen werde, die Petersberger Convention oder ein vergleichbares Format nicht mehr zu wollen, sei es nur konsequent, diesen Titel aufzulösen.

Nicht sachadäquat sei jedoch, stattdessen einen Titel für allgemeine Repräsentationsaufgaben, um ein Mehrfaches auszudehnen, obwohl insgesamt im Einzelplan nicht mehr, sondern etwas weniger Geld ausgegeben worden sei. Es sei logisch, eine Ausgabenposition, die man bisher als unsinnig und überflüssig geißelt habe, bei der jetzigen Haushaltslage des Landes aufzulösen und froh zu sein, wenn trotz des allgemeinen Konsolidierungsdrucks die bisherigen Mittel für Titel 541 30 011 weiterhin vorhanden seien. Die FDP wolle nicht kürzen, sondern das Geld, das die alte Regierung zur Verfügung gehabt habe, sollte auch für die neue ausreichen.

Der CDU/FDP-Änderungsantrag (siehe Anlage, S. 2, bzw. Vorlage 15/503) wird mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Nichtteilnahme der Fraktion Die Linke abgelehnt.

Die Frage des **Vorsitzenden Wolfram Kuschke**, ob der mündlich vorgetragene Änderungsantrag der Linken – ebenfalls zu Kapitel 02 010 Titel 541 30 011 – im Haupt- und Medienausschuss abgestimmt werden solle, verneint **Ralf Michalowsky (LINKE)**. Er habe darum gebeten, die Anträge im HFA zu behandeln; das gelte auch für diesen Antrag.

Vorsitzender Wolfram Kuschke hält fest, der mündlich vorgetragene Antrag der Linken sei dem Fachausschuss lediglich zur Kenntnis gegeben worden.

Bei der Gesamtabstimmung wird dem Einzelplan 02 mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Nichtteilnahme der Fraktion Die Linke unverändert zugestimmt.

*Einzelplan 07***Antrag (LINKE)** (siehe Anlage, S. 3)

Kapitel 07 070 – Landeszentrale für politische Bildung

Titel 684 10 153 – Zuschüsse für laufende Zwecke der politischen Bildungsarbeit

Erhöhung des Baransatzes um 222.938 € auf 2.006.438 €

Der Antrag der Fraktion Die Linke (siehe Anlage, S. 3) wird dem Fachausschuss zur Kenntnis gegeben. Die Abstimmung soll im Haushalts- und Finanzausschuss durchgeführt werden.

Bei der Gesamtabstimmung wird der Einzelplan 07 – Zuständigkeitsbereich des Ausschusses – mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Nichtteilnahme der Fraktion Die Linke unverändert angenommen.

gez. Wolfram Kuschke
Vorsitzender

Anlage

hoe/23.05.2011/31.05.2011

166

Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 01
im Haupt- und Medienausschuss
zum Haushaltsgesetz 2011

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungsergebnis
1	CDU SPD GRÜNE FDP LINKE	<p>Kapitel 01 010 Landtag Titel 713 10 Sanierung des Plenarsaales</p> <p>Reduzierung des Ansatzes</p> <p style="text-align: center;">2011</p> <p>von 1.900.000 Euro um 1.900.000 Euro auf 0 Euro</p> <p>Ansatz lt. HH 2010 0 Euro</p> <p>Ausweisung einer Verpflichtungsermächtigung</p> <p>von 0 Euro um 3.800.000 Euro auf 3.800.000 Euro zu Lasten 2012</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Da die Maßnahme 2011 nicht mehr durchgeführt werden kann, ist der Ansatz 2011 entbehrlich. Die Verpflichtungsermächtigung wird nunmehr benötigt, um die Planung weiterzuführen und den Plenarsaal im Jahre 2012 zu sanieren.</p>	CDU SPD GRÜNE FDP LINKE

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 02
im Haupt- und Medienausschuss
zum Haushaltsgesetz 2011**

hier: Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 15/xxx

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag	Abstimmungs- ergebnis
1	CDU / FDP	<p>Kapitel 02 010 Ministerpräsidentin Titelgruppe Titel 541 30 011 Kongresse und Veranstaltungen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <p style="text-align: center;">2011</p> <p style="text-align: right;">Ansatz lt. HH 2010</p> <p>von 600.000 Euro 100.000 Euro um 500.000 Euro auf 100.000 Euro</p> <p><u>Begründung:</u> Rückführung dieses Repräsentationstitels auf den bisherigen Ansatz.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP DIE LINKE</p>

